

Task Force Klimaschutzplan 2050 Positionspapier

Die Industrie in Deutschland leistet einen erheblichen Beitrag zu Klimaschutz und Wachstum. Seit 1990 konnte Deutschland den Ausstoß an klimaschädlichen Treibhausgasen bei steigendem Wirtschaftswachstum kontinuierlich verringern. Zwischen 1990 und 2015 sank der Treibhausgas-Ausstoß um mehr als 27 Prozent.

Trotz der sehr unterschiedlichen Anforderungen an Umwelt- und Klimaschutz in Deutschland und der EU sowie im globalen Maßstab, setzt die Industrie Maßstäbe bei der Umsetzung der ehrgeizigen deutschen Klimaziele. Trotz der massiven Treibhausgas-Einsparungen ist es gelungen, den Anteil der industriellen Bruttowertschöpfung in Deutschland bei rund 23 Prozent zu halten. Der EU-Durchschnitt liegt mittlerweile bei unter 17 Prozent.

Die Klimaschutzmaßnahmen der deutschen Energiewirtschaft und Industrie sind eingebettet in globale Wertschöpfungsstrukturen. Diese schaffen auch die Grundlagen für eine digitale Plattformökonomie und die Transformation zu einer Industrie 4.0. Kosteneffizienz und Innovation bilden die Grundlage, um wirtschaftlichen Erfolg und Klimaschutz zu verbinden. Nur wenn wirtschaftlicher Erfolg und Klimaschutz Hand in Hand gehen, kann die deutsche Energiewende zur Blaupause für andere Staaten werden. Und nur dann wird auch die EU ihr Ziel erreichen können, bis 2020 den Anteil der industriellen Bruttowertschöpfung in Europa auf 20 Prozent zu erhöhen.

Bei industriellen Prozessen, wie bei der Stahl- und Zementherstellung, entstehen Treibhausgase. Die letzten Jahre haben aber gezeigt: Die Industrie investiert in innovative Technologien, wie Carbon Capture and Utilization (CCU) sowie weitere Lösungen, um Emissionen zu reduzieren, Treibhausgase in unschädliche Stoffe umzuwandeln und die Effizienz der Produktionsprozesse zu steigern. So stoßen wir zum Beispiel bei der Roheisenproduktion in Deutschland etwa 1,5 Tonnen CO₂ pro Tonne Roheisen aus. In Indien sind es dagegen 2,1 Tonnen und in China rund 2 Tonnen. Das bedeutet, mit jeder Tonne Stahl, die wir aus diesen Ländern importieren, emittieren wir auch zusätzlich mindestens eine halbe Tonne CO₂ gegenüber einer Produktion in Deutschland.

Die Energiewirtschaft und die Industrie setzen zudem immer stärker auf eine Verzahnung von Energieumwandlung, Industrie, Mobilität, Gebäude, Wärme und flexible Speicherlösungen. Durch Digitalisierungsmärkte werden die Energieeffizienz und Flexibilität des Energiesystems gestärkt und neue Wachstumsfelder erschlossen. Die Umstellung auf ein intelligentes, effizientes Energiesystem kann allerdings nur gelingen, wenn Planungssicherheit und ein verlässlicher Ordnungsrahmen mit gemeinsamen Standards geschaffen werden, damit Unternehmen für Innovationen Sorge tragen können.

Der Trend zur Kreislaufwirtschaft ergänzt diese Entwicklung hin zu mehr Ressourcen- und Rohstoffeffizienz. Entscheidend ist, dass die deutsche Industrie die großen Kostenbelastungen durch die Energiewende durch Investitionen in Energieeffizienz bisher auffangen konnte. Das Energiesystem wiederum bietet, trotz des Einstiegs in eine emissionsarme Energieversorgung, eine hohe Versorgungssicherheit, die derzeit nur durch die Nutzung fossiler Energieträger ermöglicht wird.

Die Stärke der deutschen Industrie bestimmt wesentlich die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands und Europas. Dabei ist der Wirtschaftsstandort Deutschland in ganz besonderem Maße dadurch gekennzeichnet, dass hier die industrielle Wertschöp-

fungskette noch geschlossen ist: von der Grundstoffindustrie über die Weiterverarbeitung, Veredlung und die Investitionsgüterproduzenten bis hin zu Konsumgüterherstellern. Hinzu kommen Zulieferer und produktionsbezogene Dienstleistungsunternehmen, deren Wertschöpfung wesentlich von der Industrie abhängig ist. Neben der Qualität der Infrastruktur, der Nähe zu den Märkten und dem hoch qualifizierten Arbeitskräftepotenzial sind Energiekosten, Versorgungssicherheit und neue Mobilitäts- und Logistikformen eminent wichtige Standortfaktoren.

Neue Gesetzesentwürfe zum Klimaschutz sollten daher stets darlegen, wie durch das beabsichtigte Gesetzesvorhaben Einfluss auf die industrielle Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands genommen wird und ob Wirtschaft und Verbraucher mit höheren Kostenbelastungen rechnen müssen. Gleichzeitig sollte sichergestellt werden, dass die Ziele Klimaschutz und Gewährleistung eines hohen industriellen Anteils an der Bruttowertschöpfung gleichrangig behandelt werden. Die Einbeziehung der Parlamente ist zudem ein zentraler Faktor zur Steigerung der Akzeptanz.

Der Wirtschaftsrat fordert daher, dass alle Klimaschutzmaßnahmen künftig folgenden Prüfkriterien unterworfen werden:

1. **Auswirkungen der Maßnahme auf die gesamte Wertschöpfungskette:** Es ist eine Analyse der Wirkungen von Maßnahmen in der gesamten Wertschöpfungskette erforderlich. Höhere Kosten, gerade im Energiebereich oder bei der Herstellung von Grundstoffen, werden häufig in der Wertschöpfungskette weitergegeben. Leidtragende im Wettbewerb sind oft gerade Handwerk und Mittelstand.
2. **Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplatzeffekte:** Klimapolitik ist immer auch Wirtschafts- und Sozialpolitik. Arbeitsplatzverlagerungen in andere Länder bringen dem globalen Klimaschutz nichts und setzen die Akzeptanz für die Klimapolitik aufs Spiel. Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplatzeffekte sind von zentraler Bedeutung für die Beurteilung von Klimaschutzmaßnahmen.
3. **Koste-Nutzen-Analysen:** Klimapolitik muss die Kosten für Bürger und Wirtschaft so gering wie möglich halten. Voraussetzung dafür sind belastbare Kosten-Nutzen-Analysen der Maßnahmen.
4. **Technologieoffenheit:** Die Maßnahmen sollen weitestgehend technologieoffen und damit innovationsfördernd ausgestaltet werden.
5. **Freiwilligkeit:** Statt staatlicher Gängelung braucht es Wettbewerb und Innovation.
6. **Rechts- und Investitionssicherheit:** Bestandsschutz für Investitionen und Vermeidung von Überforderungen einer sozialen Strukturpolitik durch ausreichende Übergangsfristen sind zu gewährleisten.
7. **Konsistenz und EU-Kompatibilität:** Deutschlands nationale Klimapolitik, einschließlich der Ziele, muss mit der Europäischen Klimapolitik abgestimmt sein. Mittelfristig brauchen wir keine Nationalen Ziele mehr, ein europäisches Ziel ist anzustreben. Maßnahmen und Ziele müssen konsistent sein, der EU-Emissionshandel als funktionierendes Marktinstrument gestärkt werden.
8. **Vermeidung von Überregulierung:** Angesichts der Probleme, die Deutschland mit dem Erreichen der Klimaziele für das Jahr 2020 hat, ist zumindest zu hinterfragen, ob es sinnvoll ist, weitere Erhöhungen der Ziele vorzunehmen.
9. **Einbettung in globales Engagement:** Klimaschutz ist nur global wirklich erfolgreich. Daher sollten nationale deutsche Alleingänge vermieden und Klimaschutzmaßnahmen stets auch Elemente unseres Engagements für den internationalen Klimaschutz enthalten.